



Bild: istock / Gphotography

# Ungleichland **D**

»Wär ich nicht arm,  
wärs du nicht reich«  
(Bertolt Brecht)

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# **DIE LINKE.**

**I M B U N D E S T A G**

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128  
E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)  
V.i.S.d.P.: Sevim Dağdelen, Jan Korte, Caren Lay

Verfasser: Fabio De Masi, Susanne Ferschl, Christian Christen  
Layout/Druck: Fraktionsservice

Stand: 5. September 2018

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken  
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen  
Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)**

180904

# Inhalt

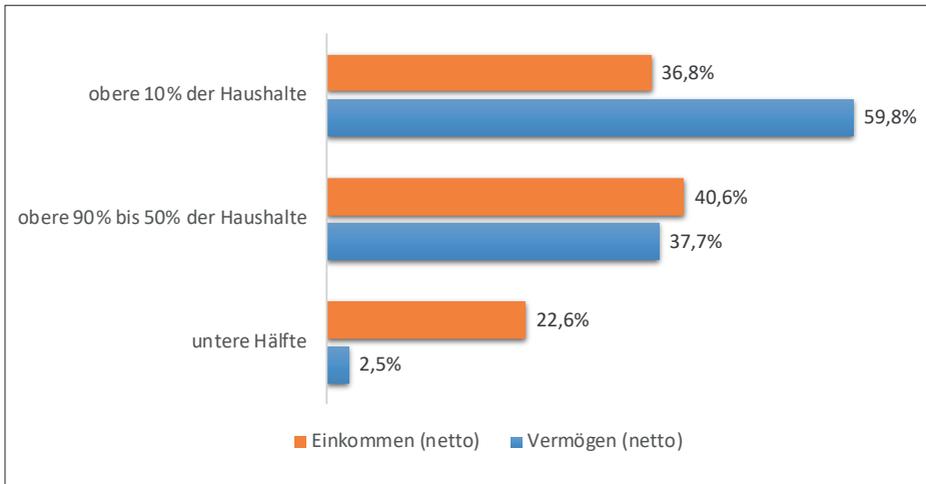
Vorwort	3
Arm und Reich – Vermögen	6
Unsere Antworten	8
Arm und Reich – Einkommen	9
Unsere Antworten	11
Arbeitswelt heute – Normal ist das nicht	12
Unsere Antworten	14
Hungerlöhne – Arm trotz Arbeit	15
Unsere Antworten	17
Arbeitslos – In der Armutsfalle	18
Unsere Antworten	20
Alleinerziehend – Mit Kindern in den Abstieg	21
Unsere Antworten	23
Bildung – Erfolg nur mit Papas Geldbeutel?	24
Unsere Antworten	26
Alt und arm – Wenn die Rente zerstört wird	27
Unsere Antworten	29
Quellen	30



# Vorwort

Bundeskanzlerin Merkel wirbt für ein Land, in dem wir gut und gerne leben. Doch wer ist eigentlich »Wir« in Deutschland? Denn »gut« geht es vielen Menschen schon lange nicht mehr: Ihre Mieten fressen mickrige Löhne auf, sie haben Angst um ihre Jobs und fürchten als Rentner ihren Lebensabend in Armut zu fristen.

Natürlich gibt es auch Menschen in diesem Land, denen es finanziell gut geht. Ihre Einkommen wachsen, sie kaufen Immobilien, Aktien oder Kunst. Diese Menschen, es sind die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung, besitzen fast 60 Prozent des privaten Netto-Vermögens (Vermögen abzüglich Schulden) in Deutschland. So kassierten etwa die Familien Quandt und Klatten kürzlich fast eine Milliarde Euro Dividende aus ihren BMW-Aktien.



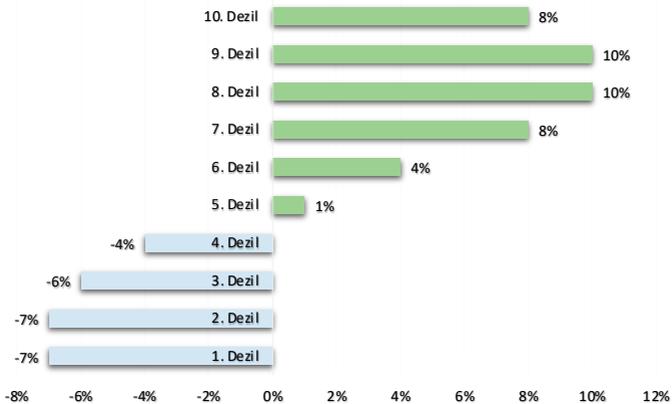
## **Verteilungsrealität: Wem gehört wieviel?**

Quelle: Bundesbank; *Private Haushalte und ihre Finanzen (PHF) 2014*

Mit Leistung hat das wachsende Einkommen und Vermögen an der Spitze kaum etwas zu tun und auch nicht als Garant für das Wirtschaftswachstum. Denn die Wirtschaft brummte auch kräftig bei sehr viel weniger Ungleichheit. Uns geht es nicht um Neid, sondern um Millionen Menschen, die abgehängt sind obwohl sie sich hart anstrengen und uns geht es um die Demokratie. Denn wirtschaftliche Macht bedeutet immer auch politische Macht für Wenige. Warum und wie Ungleichheit steigt und was wir dagegen tun können, beschreiben wir in folgenden Kapiteln.

## Verlorene Jahrzehnte für die Hälfte aller Beschäftigten

Entwicklung des realen Bruttostundelohns (1995-2015)



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht

Besonders krass zeigt sich die finanzielle Ungleichheit bei den **Vermögen**. Deutschland gehört seit Jahrzehnten zu den Ländern mit der größten Konzentration von Reichtum an der Spitze. Sei es bei den Geld- und Wertpapiervermögen, Immobilien oder Betriebsvermögen, wie selbst die sogenannten Wirtschaftsweisen bestätigen (SVR 2016/17: 400 ff.). Dabei wird das Vermögen seit Jahrzehnten nicht einmal lückenlos erfasst, sondern immer nur geschätzt.

Aber auch die Verteilung der **Einkommen** – aus Arbeit und Selbstständigkeit – wird ungleicher. Real sanken die Einkommen der unteren 40 Prozent der Haushalte von 1995 bis 2015 sogar. Gut bis sehr gut »verdient« hat man besonders, je höher man an die Spitze der Einkommenspyramide rückt.

In der **Arbeitswelt heute** findet eine Umverteilung von unten nach oben täglich statt. Befristete und andere unsichere Jobs (Teilzeit, Leiharbeit, Minijobs) werden seit Jahren politisch gefördert. Mehr und mehr Beschäftigte kennen nur noch wachsende Unsicherheit und sinkende Kaufkraft. Das hat auch die Gewerkschaften geschwächt: Die Mitgliederzahlen sinken und die Arbeitgeber verabschieden sich zunehmend aus der Tarifbindung.

**Hungerlöhne** sind längst keine Seltenheit. Arm zu sein trotz Vollzeitarbeit ist mittlerweile für rund 21 Prozent der Beschäftigten die Regel. Jeder fünfte Job liegt unter oder an der Niedriglohngrenze von 10 Euro pro Stunde. Selbst der Mindestlohn ist trotz geplanter Erhöhung auf 9,19 Euro ein Mangellohn, der weder vor aktueller Erwerbsarmut geschweige denn je vor Altersarmut schützen kann.

Denn nur wer ein ganzes Arbeitsleben lang mindestens 12,63 Euro die Stunde verdient, bezieht später eine Rente oberhalb der Grundsicherung.

Wer heute **arbeitslos** ist, sitzt in der Armutsfalle. Rund 71 Prozent der Erwerbslosen sind offiziell arm – der mit Abstand höchste Wert in Europa. Deutschland hat damit den größten Niedriglohnsektor in der EU geschaffen. Dafür ließ sich Altkanzler Schröder einst von den Reichen und Mächtigen auf dem Weltwirtschaftsforums im noblen Davos feiern. Bei rund sechs Millionen Menschen kommt hingegen keine Partystimmung auf, denn sie müssen von Hartz IV bzw. der Grundsicherung leben – viele auch trotz Vollzeitjob und aufgestocktem Lohn.

Für **Alleinerziehende** werden Kinder immer öfter ein Armutrisiko. Knapp 40 Prozent von ihnen müssen mit weniger als 1.300 Euro pro Monat auskommen. Insbesondere alleinerziehende Frauen haben es schwer und so wachsen heute bereits rund 20 Prozent aller Kinder in Deutschland in Armut auf.

**Bildung** sichert längst keinen Aufstieg mehr. In keinem anderen Industrieland bestimmt der Geldbeutel der Eltern so stark über den Bildungserfolg wie bei uns. Unser Bildungssystem benachteiligt strukturell seit langem Kinder aus armen Familien, die immer zahlreicher werden.

**Alt und arm** zu werden ist ebenfalls längst kein Einzelschicksal mehr. Schon jetzt sind etwa 16 Prozent aller Menschen mit Rente oder Pension arm – Tendenz steigend. Über Jahre wurde das wichtigste soziale Sicherungsnetz der 32 Millionen Beschäftigten, die gesetzliche Rentenversicherung, zerstört. Wer stolz auf einen der größten Niedriglohnsektoren ist, wer sinkende und niedrige Löhne hinnimmt und Steuergelder zur Förderung einer riskanten, teuren Altersvorsorge verbrennt, raubt Oma und Opa aus.

Ungleichheit fällt nicht vom Himmel. Wir gewöhnen uns daran: Wachsende Vermögen, steigende Einkommen und Gewinne für Wenige und Abstiegsängste und zunehmende Ungerechtigkeit für Viele.

Die LINKE findet sich damit nicht ab. Daher klären wir mit dieser Broschüre auf, dass Deutschland wieder so ungleich ist wie zur Kaiserzeit. Aber wehren können wir uns nur gemeinsam! Denn wer sich nicht wehrt, dem wird das letzte Hemd geklaut.

### **Fabio De Masi**

*Stellvertretender Fraktionsvorsitzender,  
Leiter des Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen*

### **Susanne Ferschl**

*Stellvertretende Fraktionsvorsitzende,  
Leiterin des Arbeitskreises Arbeit, Soziales und Gesundheit*

# Arm und Reich – Vermögen

Wer wenig Einkommen hat, wird nie viel Vermögen haben können. Große Vermögen (u.a. Geld, Wertpapiere, Immobilien und Betriebsvermögen) bringen wiederum monatlich gute Zinsen, Dividende und Mieteinnahmen. So wachsen Einkommen und Vermögen reicher Personen und Haushalte parallel immer weiter. Vermögen sind deshalb sehr viel stärker noch als die Einkommen auf einen kleinen Kreis konzentriert. Man wird außerdem in der Regel meist reich, weil die eigene Familie bereits reich war.

---

*»Gut ein Fünftel aller Erwachsenen verfügte über kein nennenswertes Vermögen – bei 7 Prozent aller Erwachsenen waren die Verbindlichkeiten sogar höher als das Bruttovermögen. Das reichste Prozent der Bevölkerung ab 17 Jahren besaß ein Nettovermögen von mindestens 800.000 Euro. Dieser Wert dürfte aber unterschätzt sein, da in freiwilligen Bevölkerungsbefragungen typischerweise Multimillionäre kaum und Milliardäre nicht erfasst werden.«*

---

*Statistisches Bundesamt; Datenreport 2016*

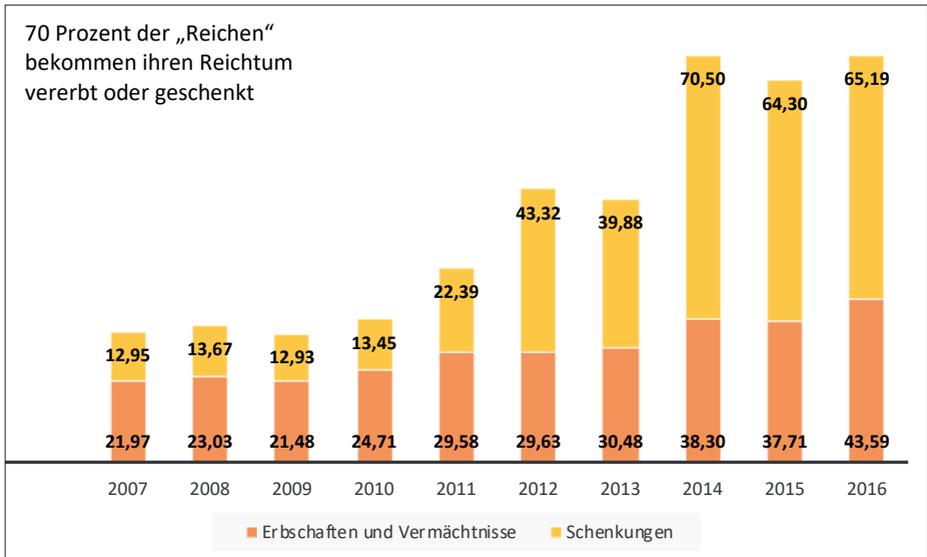
Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung verfügt etwa das reichste Prozent aller Haushalte pro Haushalt über mindestens 1,9 und im Durchschnitt über rund 7 Millionen Euro. Jubelmeldungen zum Geldvermögen von 5.600 Milliarden Euro (5,6 Billionen) mit der Schlagzeile »Die Deutschen schwimmen in Geld« verklären das Bild. Denn rein rechnerisch hätte danach jeder Bundesbürger fast 68.000 Euro auf dem Konto. Aktien besitzen aber ohnehin nur etwa 9 Millionen Personen – mit hoher Konzentration an der Spitze. Die Hälfte des Immobilienvermögens

(im Wert von etwa 9,6 Billionen Euro) gehört nur fünf Prozent der Bevölkerung (4,2 Millionen Personen). Das gesamte Betriebsvermögen schließlich teilen zu über 92 Prozent die wohlhabendsten zehn Prozent unter sich auf.

Angesichts der Vermögenskonzentration über alle Vermögensklassen (u.a. Geld und Wertpapiere, Immobilien, Betriebsvermögen) bei den obersten 10 Prozent der Haushalte, ist das Vermögen im unteren und mittleren Bereich extrem klein. Laut Schweizer Bank Credit Suisse verfügen die ärmsten 50 Prozent aller Erwachsenen in Deutschland über einen mickrigen Anteil von 2,4 Prozent am gesamten Nettovermögen. Das Einfamilienhaus, die Eigentumswohnung oder das Geld auf dem Konto sind die sprichwörtlichen »Peanuts« im Verhältnis zum Besitz ganzer Straßenzüge in Ballungszentren, von Wohnblöcken, von großen Anteilen an Immobilien- und Investmentfonds sowie von Unternehmen.

Mag man sich noch so vermögend fühlen oder statistisch als »reich« gelten, durch Arbeit, Sparsamkeit und Leistung wird man nie Mitglied des exklusiven Clubs der wirklich Reichen. Rund 40 Prozent der Menschen bei uns haben gar kein nennens-

wertes Vermögen. Sie sind verschuldet (sieben Millionen Schuldner mit im Schnitt je 30.000 Euro Schulden) und kommen mit ihren Monatsverdiensten gerade so über die Runden. Viele sind nur einen Schritt vom Verlust des kleinen Vermögens entfernt, der durch Krankheit, Trennung, Arbeitslosigkeit oder im Alter schnell droht.



### Finanzielles Glück statt Leistung (in Mrd. Euro)

Quelle: Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes

Die Vermögenskonzentration wächst täglich und mit ihr automatisch die Ungleichheit. Ganz legal kann man sich am oberen Rand der Gesellschaft problemlos der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben entziehen und sein Reichtum ungestört mehren. Denn in keinem anderen Land nimmt die öffentliche Hand weniger aus vermögensbezogenen Steuern (Grund-, Vermögen-, Erbschaft-, Schenkungsteuer sowie Vermögensverkehrssteuern) ein wie bei uns. Laut Organisation der Industrienationen (OECD) betrug etwa deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur rund ein Prozent und so stand Deutschland auf Platz 26 von 35 OECD-Mitgliedstaaten.

Eine gerechte Steuerpolitik ist längst überfällig. Für maximal ein Prozent der Haushalte oder etwa eine Million Menschen werden durchaus höhere Steuersätze gelten müssen, um die Schieflage der letzten Jahrzehnte wirklich zu ändern. Am Hungertuch werden die Vermögenden bei uns aber auch dann nicht nagen müssen.

## Unsere Antworten

### ■ **Wir wollen Nettovermögen bei Personen ab einer Million Euro mit fünf Prozent besteuern.**

Davon wären nur rund 300.000 Privathaushalte betroffen, also nicht einmal ein Prozent aller Haushalte! Bei einem Nettovermögen von zwei Millionen Euro würde jährlich ein Steuerbetrag von 50.000 Euro anfallen. Betriebsnotwendiges Nettovermögen kann bis fünf Millionen Euro freigestellt werden, wenn es nachweislich der Aufrechterhaltung bzw. Investition des Unternehmens dient.

### ■ **Wir wollen eine effektive Erbschaftsteuer für große Vermögen.**

Bis heute sind große Vermögen meist steuerfrei oder werden zu lächerlich niedrigen Sätzen vererbt, verschenkt oder in Stiftungen geparkt. Das normale, selbstgenutzte Wohneigentum und die kleinen Erbschaften der überwiegenden Mehrheit werden durch Freibeträge geschützt.

### ■ **Wir wollen Steuervermeidung, Steuerhinterziehung, Geldwäsche und den massenhaften Steuerbetrug wirksam bekämpfen.**

Dazu brauchen wir u.a. eine Quellensteuer, effektive Informationen über alle steuerrelevante Sachverhalte von Personen und Unternehmen sowie harte Sanktionen, falls die Informations- und Mitwirkungspflicht umgangen wird. Ein Ende des unsinnigen Steurdumpings, damit nicht ständig neue Schlupflöcher und Steuersparmodelle entwickelt und Gewinne verlagert werden.

### ■ **Wir wollen eine Finanztransaktionsteuer, um kurzfristige Spekulation zu verteuern ohne langfristige Investitionen zu behindern.**

Neben der Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung und des sozial-ökologischen Umbaus sollen so einige Ursachen von schweren Wirtschafts- und Finanzkrisen beseitigt werden. Es geht uns um die Realwirtschaft und Finanzmarktstabilität.

# Arm und Reich – Einkommen

Wer ist arm, wer reich? Selbsteinschätzungen oder stark subjektive Maßstäbe taugen kaum zur Klärung und auch die erhobenen Daten sind fehlerhaft und ungenau. Nach den höchsten Einkommen und Vermögen wird stets nur zaghaft gefragt oder sie werden geschätzt. Ganz genau Bescheid weiß man dagegen über Beschäftigte und Empfänger von Hartz IV, deren Einkommen bis auf den letzten Cent erfasst werden. Schon dieses ungleiche Wissen ist ein Armutszeugnis erster Güte.

Die Mehrheit bei uns finanziert ihr Leben durch monatliche Einkommen: Als Beschäftigte, Selbstständige, Freiberufler oder Beamte. Der Verdienst dieser 42,5 Millionen Personen variiert natürlich, vom Top-Manager einer Bank bis zur Pflegekraft im Altenheim. Aber selbst die gleiche Tätigkeit wird unterschiedlich entlohnt: Etwa von Frauen und Männern oder in Ost- und Westdeutschland.

---

*»Konjunktur und Beschäftigung entwickeln sich ausgesprochen positiv, an den Quoten für Einkommensarmut ändert sich aber wenig [...] Die wirtschaftliche Prosperität kommt offenkundig nicht allen zugute.«*

*Paritätisches Jahrgutachten 2018, S. 25*

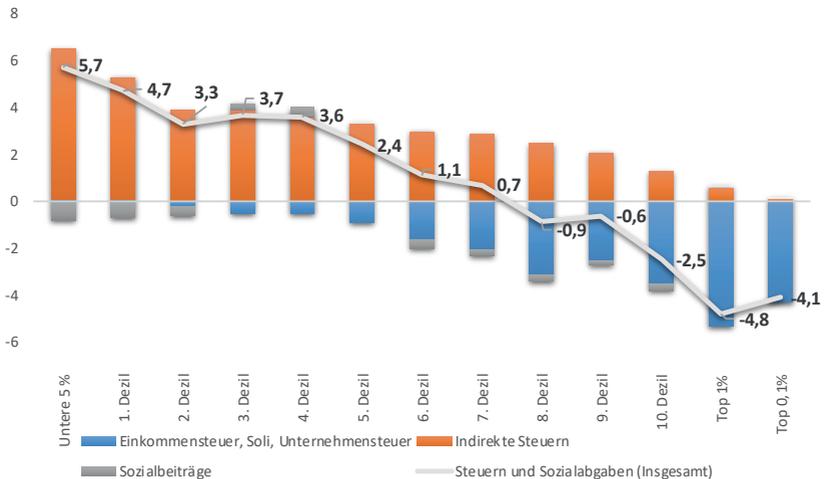
---

Aufgeschlüsselt nach Haushaltstypen und Medianeinkommen (der Median teilt alle rund 41 Millionen Haushalte in zwei gleiche Hälften) liegt die Grenze bei etwa 20.700 Euro brutto im Jahr (Haushalte mit Alleinerziehende haben 15.000 Euro oder 1.250 Euro brutto pro Monat zur Verfügung). D.h. rund 20,5 Millionen Haushalte in Deutschland müssen mit weniger als 1.725 Euro brutto im Monat über die Runden kommen. **Einkommensarm** sind Haushalte offiziell mit weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens, was auf etwa 16 Prozent der Haushalte (6,6 Millionen) zutrifft. **Einkommensreich** sind sie mit mehr als 200 Prozent des Median (41.400 Euro brutto pro Jahr oder 3.450 brutto pro Monat).

Laut Statistische Bundesamt waren 2016 rund 13 Millionen Menschen einkommensarm und von sozialer Ausgrenzung betroffen, davon 16,5 Prozent von direkter Einkommensarmut oder erheblichen materiellen Entbehrungen (3,7 Prozent). Entscheidende Ursache hierfür ist, dass über Jahrzehnte die Einkommen aus Gewinnen sehr viel stärker gewachsen sind, als die Einkommen aus Beschäftigung. Die wohlhabendere Hälfte der Bevölkerung bekommt heute bereits über 70 Prozent des Gesamteinkommens, der unteren Hälfte bleiben schmale 30 Prozent. Je näher an der Spitze man steht, desto mehr bekommt man vom Kuchen: Fast ein Viertel (23,6 Prozent) aller Einkommen teilen die reichsten zehn Prozent unter sich auf.

## Sinkende Steuern und Abgaben vor allem für Reiche

Entwicklung der Steuern und Sozialbeiträge 1998-2015 gemessen am Haushaltsbruttoeinkommen (Prozent)



Quelle: Bach/Benznoska/Steiner 2017, S. 47 (eigene Berechnung)

Dauerhaft einkommensreich sind bei uns etwa fünf Prozent der Bevölkerung, also ca. 4,1 Millionen Personen. Steuern und Abgaben steigen mit dem wachsenden Einkommen immer nur moderat und man hat sehr gute Berater und Anwaltskanzleien, die bei der Steuer- und Abgabenvermeidung helfen. In allen bisherigen Regierungen saßen stets Umverteilungsparteien – zu Lasten der Mehrheit und zu Gunsten von Wenigen. Denn von den Steuerreformen in den letzten 20 Jahren haben am stärksten die oberen Einkommen profitiert, während untere und mittlere Einkommen höher belastet wurden.

Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW kompakt Nr. 114, 2016) ist etwa die relative Steuerbelastung der reichsten 30 Prozent aller Haushalte von 1998 bis 2015 stark gesunken, während die aller übrigen Haushalte stieg. Am stärksten entlastet wurde das reichste eine Prozent aller Haushalte (-4,8 Prozent des Bruttoeinkommens) und am stärksten belastet die ärmsten fünf Prozent aller Haushalte (+6,5 Prozent des Bruttoeinkommens).

Wer solch eine Steuer- und Abgabepolitik durchsetzt muss sich nicht wundern, dass sich die Einkommensschere immer weiter öffnet und die soziale Ungleichheit steigt – auch bei guter Konjunktur und hohem Beschäftigungsstand.

## Unsere Antworten

### ■ **Wir wollen die Mehrheit der Bevölkerung steuerlich entlasten.**

Als Faustregel gilt: Wer weniger als 7.000 Euro brutto im Monat verdient, wird entlastet. Wer mehr verdient, wird stärker belastet.

### ■ **Wir wollen ein zu versteuerndes Jahreseinkommen unter 12.600 Euro (Grundfreibetrag) völlig steuerfrei stellen.**

Insbesondere werden so Beschäftigte im Niedriglohnbereich oder prekäre Selbstständige und Freiberufler entlastet. Bis zu einem monatlichen Bruttolohn von mindestens 1.340 Euro fällt keine Lohnsteuer an.

### ■ **Wir wollen höhere Einkommen stärker besteuern.**

Hierzu setzen wir ab 70.000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen (entspricht mindestens 81.000 Euro brutto) den Spitzensteuersatz auf 53 Prozent. Für besonders hohe Einkommen wollen wir eine zweistufige »Reichensteuer« einführen: Die erste Stufe greift ab rund 260.000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen mit einem Steuersatz von 60 Prozent (derzeit 45 Prozent). Die zweite Stufe gilt mit einem Steuersatz von 75 Prozent für zu versteuernde Einkommen oberhalb von einer Million Euro.

### ■ **Wir wollen Kapitalerträge nach den individuellen Einkommensteuersätzen besteuern.**

Eine pauschale Abgeltungsteuer von 25 Prozent ist sozial völlig ungerecht, denn sie privilegiert u.a. Zinseinkünfte und benachteiligt Einkommen aus Erwerbstätigkeit.

### ■ **Wir wollen untere und mittlere Einkommen bei den Sozialabgaben entlasten.**

Alle Einkommen und Erwerbsformen (u.a. Beamte, Politiker, Selbstständige, Freiberufler) sollen die soziale Sicherung gemeinsam finanzieren. Wir brauchen keine Beitragsbemessungsgrenzen bei der Kranken- und Rentenversicherung und keine private Krankenversicherung als Vollversicherung. Erst damit würde eine wirkliche paritätische Finanzierung der Krankenversicherung entstehen und so können die Beitragsätze für untere und mittlere Einkommen spürbar sinken.

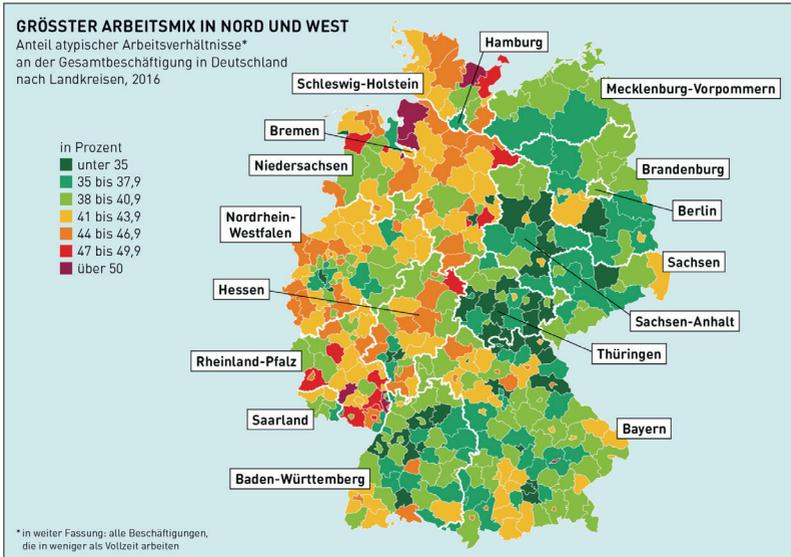
# Arbeitswelt heute – Normal ist das nicht

Von den rund 32 Millionen Arbeitnehmern sind derzeit 24,8 Millionen in einem Normalarbeitsverhältnis beschäftigt, d.h. unbefristet, vollzeitnah und mit Tariflohn – doch es werden stetig weniger. Denn die Zahl derer steigt, die atypisch beschäftigt sind, also befristet, in Teilzeit, Minijob oder Leiharbeit. Hinzu kommen rund vier Millionen Selbständige (die Hälfte sind Solo-Selbständige), die am unteren Rand der Einkommenspyramide arbeiten und wenig bis gar nicht abgesichert sind. Gleichzeitig ist nur noch knapp jeder dritte Betrieb in West- und nur jeder fünfte Betrieb in Ostdeutschland tarifgebunden.

Geht es allen Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis automatisch gut? Nein. Denn die Form der Anstellung allein sagt wenig über Verdienst, Arbeitsbedingungen oder Aufstiegschancen aus. Der Arbeitsplatz mag formal sicherer sein – aber wie lange? Trotz vermeintlichem Jobwunder gibt es für sehr wenige Berufsgruppen mehr offene Stellen als registrierte Arbeitslose. Wer heute unbefristet beschäftigt ist, morgen seinen Job verliert, findet übermorgen mit großer Wahrscheinlichkeit oft keinen vergleichbaren Job und muss auf Lohn verzichten.

Schützt ein Arbeitsverhältnis vor Armut? Nur auf den ersten Blick. Sechs Prozent der Vollzeitbeschäftigten sind armutsgefährdet. Bei Teilzeitbeschäftigten sind es etwa 14 Prozent, bei Arbeitslosen über 60 Prozent. Arbeit in Vollzeit senkt zwar





generell das Risiko, arm zu werden. Schaut man jedoch genauer hin, zeigen sich große Unterschiede. Leitende Angestellte sind zu 0,6 Prozent von Armut betroffen, bei Angestellten weiter unten in der Hierarchie steigt die Quote deutlich: Qualifizierte Angestellte sind zu 2,5 Prozent und einfache Angestellte zu 12,2 Prozent armutsgefährdet.

Die Zahl der abhängig Beschäftigten ist von 2000 bis 2015 um 8,4 Prozent gestiegen. Vor allem durch die Umverteilung von Arbeit – weg von Vollzeit hin zu Teilzeit und unsicherer Arbeit. Das Arbeitsvolumen (geleistete Arbeitsstunden) ist nur um 3,2 Prozent gewachsen. Das heißt konkret: Mehr Beschäftigte teilen sich den nahezu gleichen Umfang an Arbeit zu schlechteren Konditionen. Befristete Arbeit, Teilzeitjobs und Leiharbeit stiegen sprunghaft und bleiben seither hoch. Kein Wunder, dass sich das Armutsrisiko über fast alle Qualifikationsstufen (ungerlernt, angelernt, ausgebildet, Meisterbrief) und den Selbständigen bis zum leitenden Angestellten seit 2003 erhöhte. Denn es ist längst nicht alles sozial, was Arbeit schafft.

Das »Jobwunder Deutschland« kostet viele Beschäftigte und Selbständige bares Geld, ihre Gesundheit, soziale Sicherheit und Nerven. Gewonnen haben leitende Angestellte und Manager, die bis zum Hundertfachen eines Durchschnittslohns einstreichen. Mehr geleistet haben sie dafür nicht. Gewonnen haben auch die Arbeitgeber: Ihr Anteil am Kuchen wird größer, da die Gewinne schneller als die Löhne steigen. Wer die wachsende Ungleichheit bremsen will, muss Arbeitgebern und Unternehmen klare Grenzen setzen. Beschäftigte brauchen Sicherheit, um sich zu organisieren und wenn sie ihrer Erwerbsarbeit nachgehen und/oder als Selbständige und Freiberufler ihr Einkommen erwirtschaften müssen.

## Unsere Antworten

- **Wir wollen unbefristete Arbeitsverhältnisse wieder zur Regel machen.**  
Die Möglichkeit zur sachgrundlosen Befristung wird abgeschafft. Sachgründe werden reduziert und Kettenbefristungen verhindert, indem beim gleichen Arbeitgeber der zweite Vertrag ein unbefristeter sein muss.
- **Wir wollen Leiharbeit strikt begrenzen und langfristig verbieten.**  
Equal Pay (gleicher Lohn für gleiche Arbeit) muss ab dem ersten Arbeitstag gelten. Die Höchstdauer der Überlassung wird auf maximal drei Monate begrenzt und Leiharbeitskräfte erhalten zusätzlich eine Flexibilitätsprämie von 10 Prozent.
- **Wir wollen Minijobs mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gleichstellen.**  
Ab der ersten Stunde gilt die volle Sozialversicherungs- und Steuerpflicht. Dann gibt es für die Arbeitgeber keinen Anreiz mehr, massenhaft Minijobs zu schaffen und die Beschäftigten haben den vollen Schutz und die Leistungen der Sozialsysteme.
- **Wir wollen unfreiwillige Teilzeit verhindern.**  
Wir brauchen ein Rückkehrrecht in Vollzeit für alle Beschäftigten und eine Mindeststundenzahl von 22 Stunden pro Woche.
- **Wir wollen die Tarifbindung und Verhandlungsposition von Gewerkschaften stärken.**  
Tarifverträge schützen vor einem Unterbietungswettbewerb zu Lasten von Löhnen und Arbeitsbedingungen. Derzeit können Arbeitgeber gegen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ein Veto einlegen. Dieses Veto wollen wir abschaffen. Bei Betriebsübergängen und Auslagerungen müssen die Tarifverträge in gültiger Fassung unbefristet geschützt bleiben.
- **Wir wollen Betriebsratswahlen erleichtern und Mitbestimmung ausweiten.**  
Diejenigen, die einen Betriebsrat gründen wollen, werden zunehmend eingeschüchtert oder gleich gekündigt. Betriebsrats- und gewerkschaftsfeindliches Handeln breiten sich aus und werden kaum verfolgt und bestraft. Es braucht Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften, um gezielt gegen Arbeitgeber und auf »Union Busting« spezialisierte Anwälte vorzugehen. Zusätzlich wollen wir zwingende Mitbestimmungsrechte erweitern, um die Arbeitsfähigkeit von Betriebsräten insgesamt zu verbessern.

# Hungerlöhne – Arm trotz Arbeit

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns war überfällig. Aber von Anfang an war er mit 8,50 Euro zu niedrig angesetzt und die Regeln für die Anhebung sorgen dafür, dass er es auch bleibt. Der Mindestlohn ist also immer nur ein Mangellohn.

Wer Mindestlohn bekommt, bleibt trotz Arbeit relativ arm: In Vollzeit verdient man aktuell ca. 1.450 Euro brutto im Monat. Alleinstehenden bleiben nach Abzug von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und dem Regelbedarf laut Hartz IV (409 Euro) rund 368 Euro für alle Wohnkosten. Liegt die Miete darüber, muss man Hartz IV beantragen, um seinen Lebensunterhalt zu sichern. Der Mindestlohn reicht einfach nicht aus, um trotz Vollzeitarbeit ohne Hartz IV über die Runden zu kommen.

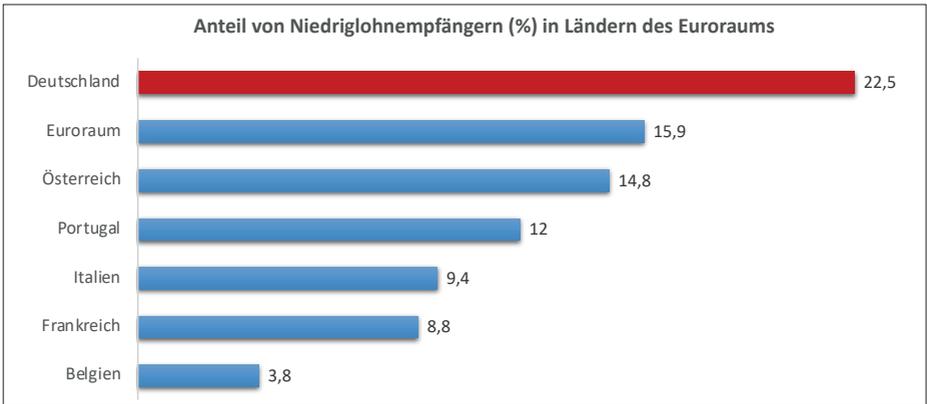
»Die Niedriglohngrenze lag 2014 bei einem Bruttoverdienst von 10,00 Euro pro Stunde. Insgesamt erhielten etwa 21 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Verdienst unterhalb dieser Grenze.«

Statistisches Bundesamt; Datenreport 2016

Geht der Kühlschrank oder die Waschmaschine kaputt oder steigt die Miete, wird es eng am Monatsende. Privates Sparen oder mehr Ausgaben für Bildung, Kultur oder Urlaub sind ohnehin meist nicht drin. Daran ändert auch die anstehende Erhöhung auf 9,19 Euro nichts. Ein Mindestlohn muss so hoch sein, dass man davon einigermaßen vernünftig leben kann. Stattdessen sind viele Menschen trotz Arbeit armutsgefährdet und oft auf staatliche Unterstützung angewiesen.



Quelle: Atlas der Arbeit/IAQ



Quelle: Kleine Anfrage Mindest- und Niedriglohn im internationalen Vergleich; Die LINKE 2017

Die geringe Höhe des Mindestlohns, Ausnahmeregelungen sowie mangelnde Kontrollen seiner tatsächlichen Zahlung führen logischerweise dazu, dass der Mindestlohn nicht vor Armut trotz Arbeit schützen kann, geschweige denn für ein Leben ohne Armut im Alter reicht. Bei Mangellöhnen wie dem Mindestlohn werden gar keine hohen Rentenbeiträge abgeführt und so sind später auch nie ausreichende Rentenzahlungen drin. Auf der Hand liegt ebenso, dass Menschen mit Mangellöhnen kein Geld übrig haben, um privat für das Alter vorzusorgen – weder durch Ersparnisse noch die private Riesterrente

Am Ende des Arbeitslebens mit einer Armutsrente abgespeist zu werden, ist ein weiterer Schlag ins Gesicht von Millionen Menschen. Wer dann frech behauptet, die Politik könne nichts machen, da doch die Tarifparteien (Gewerkschaften und Arbeitgeber) die Höhe der Löhne festlegen, der lügt.

Politische Entscheidungen und konkrete Gesetze der letzten Jahre haben die falschen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt erst möglich gemacht. Ansonsten wäre der Niedriglohnsektor nie so schnell und flächendeckend gewachsen.

## Unsere Antworten

### ■ **Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 12 Euro.**

In dieser Höhe sichert ein Mindestlohn in Vollzeit ein Existenzminimum, ohne zusätzlich auf Hartz IV angewiesen zu sein. Übrigens: Erst mit einem Mindestlohn von mehr als 12 Euro wird nach 45 Beitragsjahren die gesetzliche Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegen!

### ■ **Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn, der dem Grundentgelt für eine Stunde Arbeit entspricht.**

Alle Sonderzahlungen, Zulagen, Prämien, Zuschläge, Sachleistungen oder die vielen Aufwendersatzleistungen sind zusätzlich zum gesetzlichen Mindestlohn zu leisten und nicht mit ihm zu verrechnen.

### ■ **Wir wollen sämtliche Ausnahmen, Einschränkungen und Übergangsregelungen beim Mindestlohn aufheben.**

Er muss ausnahmslos in Deutschland als untere Grenze gelten.

### ■ **Wir wollen, dass die Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns systematisch und flächendeckend kontrolliert und Verstöße zuverlässig geahndet werden.**

Um Beschäftigte vor Lohndumping zu schützen, brauchen wir deutlich mehr Kontrolleure und eine effiziente Überwachung der geltenden Gesetze – denn Sanktionen ohne Kontrollen laufen ins Leere. Allein auf das Wohlverhalten von Arbeitgebern und Unternehmen zu hoffen, hilft nicht. Die Einhaltung des Mindestlohns und effektive Kontrollen helfen auch Unternehmen, denn so werden sie vor Konkurrenten geschützt, die sich durch Lohndumping Wettbewerbsvorteile verschaffen.

### ■ **Wir wollen ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften.**

Für den einzelnen Beschäftigten ist es oft sehr viel schwerer als für eine Gewerkschaft, gegen den Arbeitgeber auf Einhaltung des Mindestlohns zu klagen und sein Recht vor Gericht durchzusetzen. Statt Vereinzelung gilt es, die Solidargemeinschaft zu fördern, wenn der demokratische Sozialstaat nicht nur eine leere Hülle sein soll.

# Arbeitslos – In der Armutsfalle

Es gibt Erwerbslose, die gut verdienen und kurzfristig noch recht gut vom Arbeitslosengeld I leben können. Aber für sehr viele schnappt nach einem Jahr die Hartz-IV-Falle zu. Zwei Drittel aller Erwerbslosen aber haben u.a. aufgrund der gewachsenen prekären und befristeten Jobs gar keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld I und bekommen nur Hartz IV (Arbeitslosengeld II). Viele Menschen fühlen sich deswegen zu Recht um ihre Lebensleistung betrogen.

*»In Deutschland leben 70,8 Prozent der Erwerbslosen in Armut. Das ist der mit Abstand höchste Wert in der Europäischen Union«*

*Statistisches Amt der EU, Februar 2018*

Die Menschen sind qualifiziert und leistungsbereit, arbeiten Vollzeit und erfüllen die Bedingungen, die vor Erwerbslosigkeit schützen sollen. Plötzlich kommt die Kündigung, ein Unfall oder Krankheit oder der Vertrag läuft aus. Der soziale

Abstieg geht heute rasant und er ist hart. Aus Angst vor Sanktionen nehmen viele Menschen miese Jobs an. So wechseln sich schlecht gesicherte Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit oft ab.

Zu den aktuell rund 1,64 Millionen Erwerbslosen, die Arbeitslosengeld II beziehen, kommen noch rund 1,2 Millionen prekär Beschäftigte hinzu, die ihren Lohn aufstocken. Zusammen mit den 1,65 Millionen Kindern und Partnern in Bedarfsgemeinschaften leben etwa 6 Millionen Personen voll oder teilweise von Arbeitslosengeld II bzw. der Grundsicherung.



Quelle: Atlas der Arbeit/BA

## Investitionen zahlen sich aus

So würde sich eine Wachstumsstrategie mit mehr öffentlichen Investitionen und höheren Löhnen in 15 Jahren auswirken auf ...



Quelle: IMK 2018 Grafik zum Download: [bit.do/impuls1224](http://bit.do/impuls1224)

Hans Böckler  
Stiftung

In ihren Haushalten ist oft schon Mitte des Monats kein Geld mehr übrig. Bei Einkommen unter 1.000 Euro (Alleinstehende ohne Kinder unter 800 Euro) fällt es bereits schwer, die Grundbedürfnisse (Wohnung, Nahrung, Kleidung) ausreichend zu finanzieren. Gesellschaftliche Teilhabe wird so oft unmöglich. Die wachsende Zahl von Menschen, die sich bei den Tafeln im Bundesgebiet mit günstigen Lebensmitteln versorgen, Sozialkaufhäuser oder Flohmärkte nutzen, sagt viel mehr aus als die reine Statistik.

Erwerbslosigkeit wird für viele Menschen heute sehr schnell zur Armutsfalle, aus der sie allein nicht mehr herauskommen. Das »Jobwunder Deutschland« ist für Millionen Menschen blanker Hohn.

Wer seine Arbeit verliert, braucht effektiven Schutz, Hilfe und Unterstützung, um nicht lange arbeitslos zu bleiben und in der Armutsfalle zu landen. Erwerbslose sollen möglichst umfassend am Leben teilhaben können. Sonst bleibt man selbst und mit einem die Familie auf der Strecke.

## Unsere Antworten

- **Wir wollen eine öffentliche Investitionsoffensive für neue Arbeitsplätze.**

Es fehlt besonders bei sozialen wie öffentlichen Dienstleistungen und es fehlen gute Jobs für etwa 16 Prozent der Bevölkerung mit Behinderungen. Längerfristig sind 300.000 geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose zu schaffen. Wir brauchen massive öffentliche Investitionen in unsere Infrastruktur, die oft veraltet, marode oder nicht ausreichend vorhanden ist (z.B. Wohnungen, Schulen, Brücken, Straßen, Schienen, Öffentlicher Nahverkehr und Netze).
- **Wir wollen den Zugang zur Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosengeld I) verbessern, den Kreis der Anspruchsberechtigten vergrößern und die Bezugsdauer erhöhen.**

Wir wollen, dass es bereits nach einer kurzen Beschäftigung einen Anspruch auf Arbeitslosengeld gibt: Wer vier Monate sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat, soll zwei Monate Arbeitslosengeld erhalten. Wer länger arbeitet, bekommt entsprechend länger Geld. Bei 24 Monaten Beschäftigung sind es dann 12 Monate Arbeitslosengeld. Wer länger als 24 Monate gearbeitet hat, bekommt für jedes weitere Jahr einen zusätzlichen Monat Arbeitslosengeld.
- **Wir wollen eine Beratung der Erwerbslosen durch die Arbeitsagentur auf Augenhöhe.**

Sperzeiten und Sanktionen braucht niemand. Zumutbarkeitskriterien für Arbeitsangebote und bei der Arbeitsförderung sind völlig neu zu regeln. Die Qualifikation Erwerbsloser ist zu schützen und darauf aufzubauen. Alles andere ist ungerecht und unsinnig. Die Vermittlung und Betreuung durch die Agenturen und Jobcenter muss individuell abgestimmt und auf die dauerhafte Integration in gut entlohnte, versicherungspflichtige Arbeit zielen. Die Arbeitsvermittlung muss mit ausreichend qualifiziertem Personal ausgestattet werden.
- **Wir wollen einen Regelsatz bei Harz IV von 570 Euro.**

Dieser Regelsatz ist regelmäßig neu zu berechnen und jährlich an die reale Preissteigerung (Lebensmittel, Strom, Mieten) anzupassen. Bedarfsrechnungen ohne Bezug zu realen Lebenshaltungskosten sind Phantasiegebilde, die kein würdiges Leben ermöglichen. Sonderbedarfe müssen ausreichend finanziert werden.
- **Wir wollen langfristig eine Mindestsicherung von 1.050 Euro (netto) im Monat.**

Unterhalb dessen droht den Betroffenen immer Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung.

# Alleinerziehend – Mit Kindern in den Abstieg

Besonders arm bzw. armutsgefährdet sind alleinerziehende Eltern, vor allem Frauen. Sie hatten in 2013 im Schnitt nur 796 Euro für ihren Konsum übrig. Alleinerziehende Mütter und Väter müssen im Schnitt für Wohnen, Nahrung und Kleidung etwa 59 Prozent ihres Einkommens ausgeben. Etwa 20 Prozent aller Familienhaushalte sind Haushalte mit nur einem Erziehungsberechtigten.

Frauen sind schon immer besonders in Branchen und Berufen mit niedrigen oder geringen Einkommen (Handel, Gastronomie, Pflege) beschäftigt. Aufgrund der Mehrfachbelastung durch Kindererziehung, Haushaltsführung und Pflege arbeiten sie außerdem meist in Teilzeit. Geringe Einkommen führen viele Frauen damit direkt in die Altersarmut und selbst in einer Partnerschaft reichen die Verdienste in Teilzeit kaum aus, um diese finanzielle Situation wirklich zu verbessern.

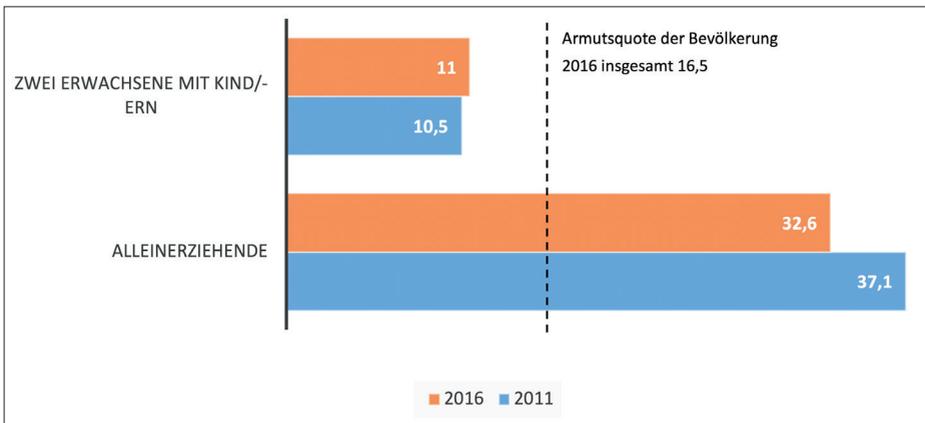
---

*»Vier von zehn Alleinerziehenden (36 Prozent) lebten von einem monatlichen Familiennettoeinkommen von unter 1.300 Euro.«*

*Statistisches Bundesamt; Datenreport 2016*

---

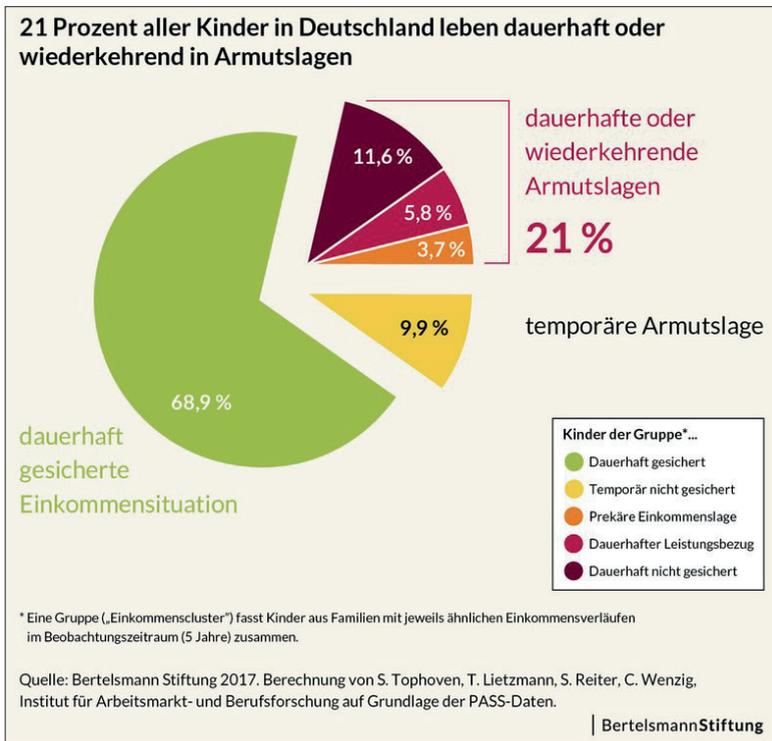
Geht eine Partnerschaft in die Brüche, bleibt der größte Teil der Arbeit für Erziehung, Betreuung und Pflege bei der Frau. 2016 waren 2,3 Millionen Mütter und nur 408.000 Väter alleinerziehend; damit war in 85 Prozent der Fälle der alleinerziehende Elternteil die Frau. Ihnen bleibt dann oft nichts anderes übrig, als weiter in Teilzeit zu arbeiten oder niedrig entlohnte Jobs anzunehmen. Schon deshalb ist mehr als jeder dritte Haushalt von Alleinerziehenden armutsgefährdet, worunter



**Armutgefährdungsquote nach Haushaltstypen** (Anteil der Bevölkerung in %)   
 Quelle: Statistisches Bundesamt (2018): Alleinerziehende in Deutschland 2017. Wiesbaden

insbesondere die Kinder leiden. Akut, weil Dinge des Alltags schnell Luxus werden. In der Zukunft, da Bildungschancen verschlechtert und der soziale Aufstieg erschwert sind. Wenn das Geld kaum reicht, um Grundbedürfnisse zu finanzieren, wie sollen dann Nachhilfe, Musikschule, Hobbys oder Auslandsaufenthalte für die Sprösslinge drin sein?

Die Kinderarmut ist leider nicht neu und seit Jahren hoch: Rund 20 Prozent der Kinder in Deutschland waren bereits 2015 offiziell arm. Nach neusten Berechnungen des Kinderschutzbundes sind aktuell etwa 4,4 Millionen Kinder von Armut betroffen. Die nach 2015 weiter gestiegene Kinderarmut ist auch das Ergebnis von Flucht und Migration. Die generelle Entwicklung ist aber länger bekannt, regional unterschiedlich und wird ebenfalls schon lange beklagt. Geändert hat sich wenig. Kinderarmut erklärt sich aus der beschriebenen Situation auf dem Arbeitsmarkt und zu geringen öffentlichen Leistungen und Angeboten. Alles andere ist Schönfärberei und lenkt nur vom politischen Versagen ab.



## Unsere Antworten

### ■ **Wir wollen flexible, familienfreundlichere Arbeitszeiten.**

Das individuelle Recht auf Teilzeit muss uneingeschränkt gelten. Wer will und wer kann soll wieder auf seine Vollzeitfähigkeit wechseln können (gesetzliches Rückkehrrecht) und der Teilzeitjob soll auf Verlangen mindestens 22 Wochenstunden umfassen.

### ■ **Wir wollen den Kündigungsschutz für Eltern verbessern.**

Er soll bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes gelten.

### ■ **Wir wollen die berufliche Qualifikation von Alleinerziehenden erhöhen.**

Etwa durch eine flexible Teilzeitausbildung und einen Rechtsanspruch auf berufliche Weiterbildung.

### ■ **Wir wollen eine gebührenfreie Kindertagesbetreuung.**

Flächendeckend, bedarfs- und altersgerecht mit Betreuungsangeboten auch außerhalb regulärer Öffnungszeiten.

### ■ **Wir wollen als Sofortmaßnahme das Kindergeld von derzeit 194 Euro pro Monat (erstes und zweites Kind) auf 328 Euro pro Monat erhöhen.**

Um erwerbslosen und aufstockenden Eltern und ihren Kindern gezielt zu helfen, soll dies auch für Kinder im Bezug von SGB-II- und SGB-XII-Leistungen gelten. Als zweiten Schritt wollen wir eine eigenständige bedarfsdeckende Kindergrundsicherung einführen, die sich an den Forderungen von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden und der Wissenschaft orientiert.

# Bildung – Erfolg nur mit Papas Geldbeutel?

Lerne fleißig, dann klappt es auch in der modernen Arbeitswelt – so die landläufige Meinung. Doch die Wirklichkeit sieht so aus: In Deutschland gibt es einen sehr engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Hochschulzugang,

und er wird immer stärker. Das Einkommen und Vermögen der Eltern entscheidet über den Bildungsverlauf und Erfolg in der Schule, bei der Ausbildung oder im Studium. Auch wenn etwa die Voraussetzung gegeben und Motivation hoch ist, studieren junge Menschen aus Familien mit wenig Geld immer seltener.

*»Die soziale Selektion hat zugenommen. Gab es 1991 noch 36 Prozent der Studierenden aus einer »gehobenen« oder »hohen« Bildungsherkunft sind es mittlerweile über 50 Prozent.«*

*21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks*

Staatlich gibt es zwar mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ein Förderinstrument. Aber das BAföG nutzen nur etwa 18 Prozent aller Studierenden und es reicht allein nie aus: Etwa neun von zehn Studierenden werden zusätzlich von ihren Eltern mit durchschnittlich 541 Euro pro Monat unterstützt. Fast zwei Drittel aller Studierenden jobben nebenher und verdienen sich im Schnitt 385 Euro pro Monat dazu.

## GERECHTIGKEIT

### Armut beeinträchtigt Bildung

Aufs Gymnasium wollen von den Kindern ...

mit Armutserfahrung



29%

51%

ohne Armutserfahrung



2550 befragte Kinder im Alter von 6 bis 11

Quelle: World Vision, Februar 2018 [bit.do/impuls1090](http://bit.do/impuls1090)

Hans Böckler  
Stiftung

# Sozialerhebung

## Monatliche Ausgaben 2016

Bezugsgruppe „Fokus-Typ“, arithmetischer Mittelwert, ausgewählte Ausgabeposten



DSW/DZHW 21. Sozialerhebung

Laut 21. Sozialerhebung verzichteten 2016 dabei sogar etwa neun Prozent vormals geförderter Studierender auf ihr BAföG. Besonders Studierende aus Haushalten mit »niedriger Bildungsherkunft« verzichteten auf einen Antrag, um sich nicht für ihr Studium (weiter) zu verschulden. Aber auch bei schnellem Abschluss mit guten Noten wartet längst nicht mehr automatisch ein gut bezahlter und sicherer Job. Sinkende Gehälter und prekäre Arbeitsverträge sind mittlerweile Merkmale unserer Wissensgesellschaft.

Weniger belastet von steigenden Schulden oder schlechten Perspektiven sind Studierende, deren Bildungsherkunft als »hoch« gilt und die aus gutsituierten Haushalten kommen. Deren Eltern können problemlos spendabel sein, den Sprösslingen helfen und deren Berufseinstieg erleichtern. Der soziale Hintergrund erklärt auch, warum viele Studierende trotz BAföG arbeiten müssen. Arbeit, Studium und steigende Schuldenlast machen ein entspanntes, kreatives Studium unmöglich.

So nimmt die soziale Sortiermaschinerie bei uns mit Schulbeginn schnell Fahrt auf. In kaum einem anderen Industrieland bestimmen Einkommen und Vermögen des Elternhauses so stark über den Bildungserfolg und Berufsweg wie in Deutschland. Ungleichheit und soziale Schichtung werden über Generationen zementiert. Chancengerechtigkeit und sozialer Aufstieg lassen sich längst nicht mehr allein über mehr Bildung herstellen.

## Unsere Antworten

### ■ Wir wollen BAföG ausweiten und die Finanzierung erhöhen.

Die Sätze sind an den realen Lebenshaltungs- und Ausbildungskosten in der jeweiligen Region auszurichten. Kurzfristig ist der maximale Fördersatz für volljährige Auszubildende auf 1.050 Euro monatlich zu erhöhen und an die Preissteigerung anzupassen.

### ■ Wir wollen das Studierenden-BAföG als Vollzuschuss ohne Darlehensanteil.

Studierende aus ökonomisch schwachen Haushalten könnten sich so gezielt mehr Bildung und Ausbildung »leisten« und müssen sich nicht noch für ein Studium verschulden. Die Förderung soll elternunabhängig und mit den Unterhaltsansprüchen gegenüber den Eltern zu verrechnen sein.

### ■ Wir wollen einen größeren Kreis von BAföG-Anspruchsberechtigten.

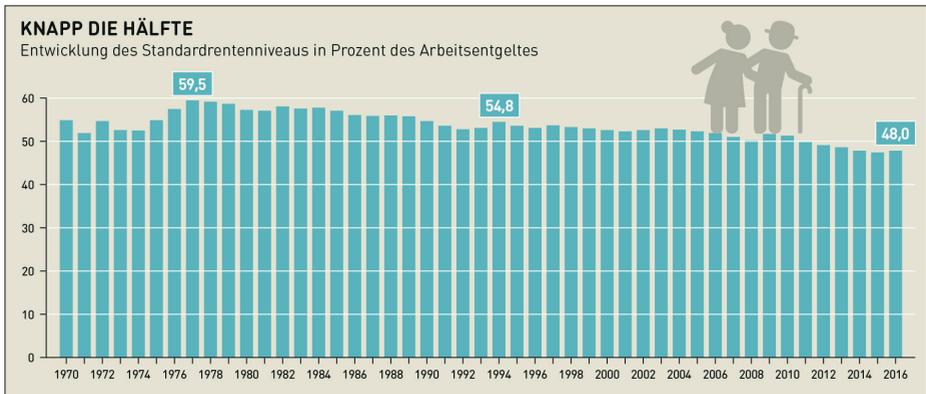
Ungleichheit schlägt auch durch bei Schülern, u.a. an weiterführenden Schulen ab der 10. Klasse, Berufsfachschulen sowie Fach- und Fachoberschulklassen. Die Höchstaltersgrenze von 30/35 Lebensjahren ist zu streichen. Masterstudiengänge sind uneingeschränkt zu fördern, wie Schüler und Studierende in Teilzeit. Darüber hinaus ist die Förderhöchstdauer fachspezifisch an die reale Dauer der Ausbildung zu orientieren.

### ■ Wir wollen eine bedarfsgerechte Assistenz für Studierende mit Behinderungen.

Über den ersten berufsqualifizierenden Abschluss hinaus wird die Inklusion einkommens- und vermögensunabhängig gefördert.

# Alt und arm – Wenn die Rente zerstört wird

Noch heute finanzieren Rentnerhaushalte bis zu 90 Prozent ihrer Monatsausgaben durch die Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Rente ist aber schon lange nicht mehr für alle sicher und ausreichend. Die Höhe der Rentenzahlung befindet sich für die arbeitenden Generationen nahezu im freien Fall. Verantwortlich dafür sind keine demographische Krise oder die Globalisierung, sondern politische Fehlentscheidungen. Die Rentenversicherung wurde über Jahrzehnte in ihrem Fundament von Politikern zerstört, beraten von Sachverständigen (u.a. aus der Bank- und Versicherungsbranche oder von Beamten), die nie oder kaum nennenswert in die Rentenversicherung eingezahlt haben und auch nie mit einer Rente von durchschnittlich 1.000 Euro auskommen müssen.



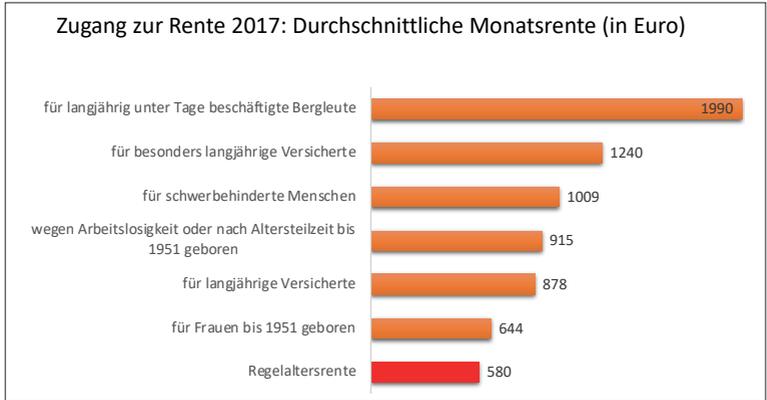
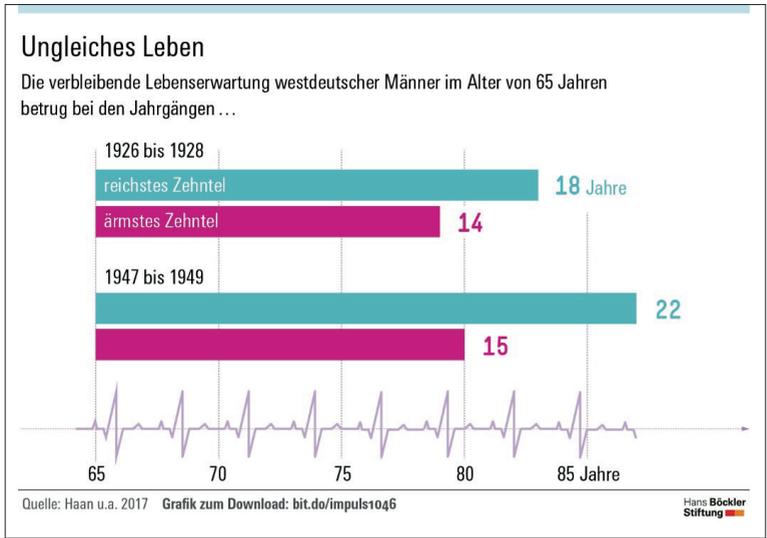
Quelle: Atlas der Arbeit/DRV

»Dem privaten Vermögen kommt für die private Altersvorsorge eine wachsende Bedeutung zu, da mit den zu Beginn der 2000er-Jahre beschlossenen Reformen der Alterssicherung das Sicherungsniveau in der Gesetzlichen Rentenversicherung abgesenkt wurde und private Vorsorge zum Beispiel in Form von privaten Versicherungen wie Riesterrentenverträgen an Bedeutung gewinnt«, hält das Statistische Bundesamt bereits im Datenreport 2016 fest. Viele Menschen können aber gar kein privates Vermögen aufbauen. Wie zuvor gezeigt, haben sie schlicht nichts oder immer weniger, was sie überhaupt sparen könnten. Der Großteil des monatlichen Einkommens geht für Wohnen, Essen und Kleidung drauf.

Millionen Beschäftigte mit niedrigen Löhnen oder Phasen von Arbeitslosigkeit, in Teilzeitjobs, mit Krankheit oder beim Ausstieg aus dem Job (Kindererziehung, Pflege etc.) haben sowieso nichts von der massiv mit Steuermitteln geförderten

Privatvorsorge. Nach Jahrzehnten der Beitragszahlung werden sie mit Mini-Renten abgespeist und sind auf staatliche Unterstützung angewiesen. Armut im Alter wird für viele Menschen zur Regel.

Ohne klaren Kurswechsel wird es viele der heute noch »jungen« Beschäftigte bis weit in die Mittelschicht treffen. Mehr soziale Sicherheit im Alter ist das Gebot der Stunde für jung und alt und erfordert eine glasklare politische Umkehr bei der Organisation und Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung. Kurzfristig und auch langfristig.



Quelle: Deutsche Rentenversicherung (2017): Rentenversicherung in Zahlen. Berlin

## Unsere Antworten

- **Wir wollen das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente auf 53 Prozent anheben.**

So steigt der Lebensstandard für die Mehrheit der Rentner spürbar.

- **Wir wollen eine Mindestsicherung im Alter über eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto.**

Steuerfinanziert, einkommens- und vermögensgeprüft soll damit ein Ruhestand in Würde und mit sozialer Teilhabe im Alter für jede und jeden möglich sein.

- **Wir wollen die gesellschaftliche Solidarität ausbauen und die Leistungen verbessern.**

Für Millionen Menschen müssen ihre Versicherungszeiten mit niedrigen Löhnen, bei Erwerbslosigkeit, für Kindererziehung (volle drei Jahre für alle) und Pflege höher bewertet werden als bisher.

- **Wir wollen alle Erwerbseinkommen heranziehen und sämtliche Berufsgruppen und Erwerbsformen in die Rentenversicherung einbeziehen.**

Unsere Erwerbstätigenversicherung gilt auch für Selbständige, Beamte und Politiker. Die Beitragsbemessungsgrenze ist aufzuheben. Die Rentenhöhe bei hohen Renten ist abgeflacht. Die Einzahlung soll nach finanzieller Leistungsfähigkeit gestaffelt und so zugunsten unterer und mittlerer Renten systematisch umverteilt werden.

- **Wir wollen die Ost- an die Westrenten 28 Jahre nach der deutschen Einheit angleichen.**

Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist aus Steuermitteln zu finanzieren und nicht allein durch die Beitragszahler der gesetzlichen Rentenversicherung.

## Quellen

Alvaredo/Chancel/Piketty/Saez/Zucman (2018): Die Weltweite Ungleichheit – Der World Inequality Report. München

Bach, Stefan/Beznoska, Martin/Steiner, Viktor (2017): Wer trägt die Steuerlast? Verteilungswirkungen des deutschen Steuer- und Transfersystems. HBS-Study, Band 347. Düsseldorf

Berger, Jens (2014): Wem gehört Deutschland? Frankfurt/Main

Cremer, Georg (2016): Armut in Deutschland. München

Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – Lebenslagen in Deutschland. Berlin

Bertelsmann Stiftung (2017): Armutsmuster in Kindheit und Jugend – Längsschnittbetrachtungen von Kinderarmut. Gütersloh

Deutscher Gewerkschaftsbund (2017): Verteilungsbericht 2017. Jetzt handeln – Ungleichheit bekämpfen. Berlin

Deutscher Gewerkschaftsbund (2018): Atlas der Arbeit. Berlin

Deutsche Rentenversicherung (2017): Rentenversicherung in Zahlen. Berlin

Paritätischer Gesamtverband (2018): Jahresgutachten zur sozialen Lage in Deutschland. Brücken Bauen – Potenziale des Sozialen. Berlin

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung/SVR (2016): Jahresgutachten 2016/17 – Zeit für Reformen. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2015): Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2013. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2016): Datenreport 2016. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2017): Verdienste auf einem Blick. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2018): Alleinerziehende in Deutschland 2017. Wiesbaden







[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)